

Partner der Energie-Initiative Halle (Saale): Positionspapier zur Energiekrise

Die Energiekrise entwickelt sich weiter dramatisch. Die Energiepreise steigen seit Monaten unaufhaltsam. Die Preise am globalen Gasmarkt haben sich vervielfacht. Allein wegen der gestiegenen Großhandelspreise für Erdgas ergeben sich für einen halleischen 3-Personen-Haushalt in einer Wohnung mit zirka 70 m² Wohnfläche bereits durchschnittlich Mehrkosten von zirka 1.500 Euro jährlich. Hinzu kommen Mehrkosten für die neu eingeführten Gasbeschaffungs- und Gas-speicherumlagen von jährlich etwa 230 Euro. Die aktuelle Energiepreisentwicklung belastet die Kundinnen und Kunden damit deutlich mehr als die viel diskutierten Umlagen.

Am Strommarkt ist die Situation ähnlich. Der Großhandelspreis hat sich im Vergleich zu dem Preisniveau vor zwei Jahren verzehnfacht. Für einen 3-Personen-Haushalt in Halle bedeutet das durchschnittlich Mehrkosten in Höhe von zirka 1.600 Euro jährlich.

Viele Handwerksbetriebe, Gewerbetreibende und Unternehmen zahlen bereits heute den zehnfachen Energiepreis und werden diese Kosten in alle ihre Produkte und Leistungen einkalkulieren müssen. Damit ist insbesondere im Bereich der Lebensmittel und anderer Konsumgüter schon jetzt eine deutliche Preissteigerung spür- und absehbar.

Nach unserer Einschätzung können basierend auf den aktuellen Marktpreisen für die gesamte Volkswirtschaft kurzfristig Mehrkosten von bis zu 200 Milliarden Euro und mittelfristig bis zu 400 Milliarden Euro entstehen. Davon entfallen allein auf die privaten Haushalte rund 120 Milliarden Euro. Die Wirtschaft müsste etwa 175 Milliarden Euro der Mehrkosten tragen. Bereits diese Zahlen zeigen, dass das jüngste Entlastungspaket in Höhe von 65 Milliarden Euro bei Weitem nicht ausreicht. Die finanziellen Belastungen werden viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch eine Vielzahl von Unternehmen, nicht tragen können.

Aus diesem Grund vertreten wir, Partner der Energie-Initiative Halle (Saale), folgende Position:

1. Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen

Deutschland bezieht seit vielen Jahren rund die Hälfte seines Gasbedarfs aus Russland. Kurz- und mittelfristig können russische Gaslieferungen nicht ersetzt werden. Eine Kompensation dieser Gasmengen wird in den nächsten Jahren in kalten Wintern nicht vollständig gelingen - auch nicht durch Einsparen von Energie, den Bezug von Flüssiggas, die Nutzung der vorhandenen Erdgasspeicher oder zusätzliche Erdgaslieferungen anderer europäischer Länder.

Daher müssen die politischen Bemühungen parteiübergreifend einheitlich darauf gerichtet werden, dass die Versorgungssicherheit überall im Bundesgebiet aufrechterhalten und für bezahlbare Energiepreise gesorgt wird.

2. Spürbare Entlastungen für Bevölkerung und Unternehmen

Die hohen Energiekosten führen zur Schließung von Betrieben und zum Verlust von Arbeitsplätzen in allen Wirtschaftsbereichen. Die Energiepreise sind weiterhin mit Steuern und Abgaben belastet, die nicht unmittelbar der Aufrechterhaltung der Versorgungsinfrastruktur dienen, sondern ausschließlich in den Staatshaushalt fließen (Strom- und Energiesteuer sowie Umsatzsteuer und die CO₂-Abgaben nach Brennstoffemissionshandelsgesetz und dem europäischen Emissionshandel). Die Bemühungen der Bundesregierung für eine Entlastung der Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, reichen bei Weitem nicht aus, um die existenzbedrohenden wirtschaftlichen Effekte der Energiekrise zu bewältigen. Dies gefährdet den sozialen Frieden und die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben durch die Städte und Gemeinden.

Es muss daher für weitere zielgerichtete Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen gesorgt werden.

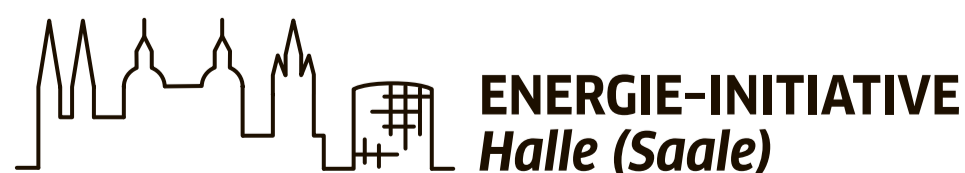
Die Energie-Initiative Halle (Saale) wurde 2016 von halleischen Wohnungs- und Industrieunternehmen, Forschungs- und Krankenhauseinrichtungen, der Stadt Halle (Saale) und weiteren Institutionen sowie den Stadtwerken Halle und der EVH ins Leben gerufen. Als starker Verbund werden hier Projekte umgesetzt, die zur Versorgungssicherheit, Energiewende und Klimaneutralität in Halle (Saale) beitragen. Zahlreiche Maßnahmen, u. a. zu mehr Energieeffizienz, wurden bereits realisiert – auch die im Bundesvergleich seit vielen Jahren stabilen und moderaten Energiepreise sind ein Erfolg. Weitere Investitionen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro sind geplant. Deren Umsetzung ist jedoch unter den aktuellen Rahmenbedingungen

unmöglich. Die hohen Energiepreise binden sämtliche finanziellen Mittel und verhindern Investitionen zum Wohle der Hallenserinnen und Hallenser, der regionalen Wirtschaft und der Umwelt. Wir haben unsere Kräfte gebündelt, um die Arbeits-, Wohn- und Lebensqualität in der Stadt Halle (Saale) zu verbessern. Nun stehen wir vor einer enormen Herausforderung. Wir selbst verfügen über keine weiteren Hebel, um die Energiepreisexplosion zusätzlich zu kompensieren. Wir brauchen eine weitere politische Fokussierung auf stark betroffene Empfängerkreise – bei den Privathaushalten und den Unternehmen.

Wir fordern kurzfristig spürbare Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Wir fordern verlässliche Lösungen für eine stabile Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen.

Wir fordern eine echte Unterstützung, um unseren Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Situation leisten zu können.





PROJEKT Schüler und Künstler gestalten S-Bahn-Tunnel. SEITE 16

GUTEN MORGEN

ANNE NICOLAY-GUCKLAND

hört noch genauer hin.



Das ist „Pima“

Unser **Zweijähriger** hat gerade einen mächtigen Sprung gemacht. Offenbar ist er gewachsen (die Hosen sind zu kurz), er versucht zu hüpfen, rennt mir inzwischen fast davon und spricht wie ein Weltmeister. Alle Worte aufzuzählen, die er beherrscht, gelingt mir nicht mehr. Besonders gern sagt er momentan „Pima“, offenbar ist der Buchstabe „R“ noch nicht dran, denn auch in anderen Wörtern kommt dieser noch nicht vor. Ich finde die Wortschöpfung so niedlich, dass auch ich beginne, „Pima“ zu sagen und zu schreiben. So habe ich auch bemerkt, dass ich das Wort an manchen Tagen sehr häufig benutze, um meine Freude darüber auszudrücken, das etwas klappt. Mal sehen, vielleicht findet „Pima“ irgendwann mal Eingang in den Duden oder wird zumindest zum Jugendwort des Jahres.

Biblisches Musical in Pauluskirche

HALLE/MZ - Das biblische Musical „Mirjam“ erlebt am Samstag, 24. September, in der Pauluskirche seine Uraufführung. Es musiziert der Kinder- und Jugendchor der Paulusgemeinde. Der Text des Musicals stammt von Friedhelm Kasparick, die Musik von Andreas Mücksch. Die Regie hat Hendrik Berenbruch übernommen. Beginn ist 18 Uhr. Der Eintritt ist frei. Anschließend wird zu einem fröhlichen Beisammensein eingeladen.

Abschlusskonzert mit Schütz

HALLE/MZ - Das Abschlusskonzert der diesjährigen Sommerkonzertreihe im Dom in Halle findet am 25. September, 17 Uhr, statt. Es erklingen Werke von Heinrich Schütz.

Ihr Kontakt zur **MZ**

[mz.de/halle](https://www.mz.de/halle)

[MZ Halle](https://www.facebook.com/mz.halle)

[mz_halle](https://www.instagram.com/mz_halle)

Delitzscher Straße 65, 06112 Halle

[@saalekurier@mz.de](mailto:saalekurier@mz.de)

Redaktion 0345/5 65 45 00

Ihr **MZ-ServicePunkt vor Ort** Abo, Anzeigen, Briefe, Tickets

ServiceCenter Medienhaus Mo - Fr: 9.00 bis 11.30 Uhr und 12.00 bis 16.00 Uhr Delitzscher Str. 65, 06112 Halle Tel.: 0345/5 65 21 04

TIM Ticket Galeria Kaufhof Markt 20 - 24, 06108 Halle, Mo - Do: 10.30 bis 18.00, Fr: 11.30 bis 17.00 Uhr Telefon: 0345/5 65 56 00

„Es ist wie bei einem Tsunami“

VERSORGUNG Die Preise für Strom und Gas steigen und steigen. Große Unternehmen und Kliniken aus Halle fordern die Politik zum Handeln auf. Die Sorgen vor Firmenpleiten und Privatinsolvenzen sind hoch.

HALLE/MZ - In Halle richten sich der regionale Energieversorger EVH, Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen, Firmen und Krankenhäuser angesichts explodierender Energiepreise auf einen dramatischen Winter ein. Laut EVH muss ein Drei-Personen-Haushalt bereits mit einer durchschnittlichen Mehrbelastung von 1.500 Euro für Erdgas im Jahr rechnen, beim Strom sind es rund 1.600 Euro. In einem gemeinsamen Positionspapier nehmen Partner der Initiative die Politik in die Pflicht (siehe „Energie-Initiative fordert spürbare Entlastungen ...“). „Es ist wie bei einem Tsunami. Das Wasser ist bereits weg, und jetzt kommt zeitversetzt die erste Preiswelle. Und es wird weitere Wellen geben“, sagt Olaf Schneider. Für die MZ hat Dirk Skrzypczak mit dem EVH-Chef sowie mit Guido Schwarzendahl, Vorstand des Bauvereins Halle-Leuna und mit Thomas Völker, kaufmännischer Vorstand des Diakoniewerks Martha-Maria, über die Lage gesprochen.

Herr Schneider, die EVH hat die Preise bereits angepasst. Kommen weitere Erhöhungen?

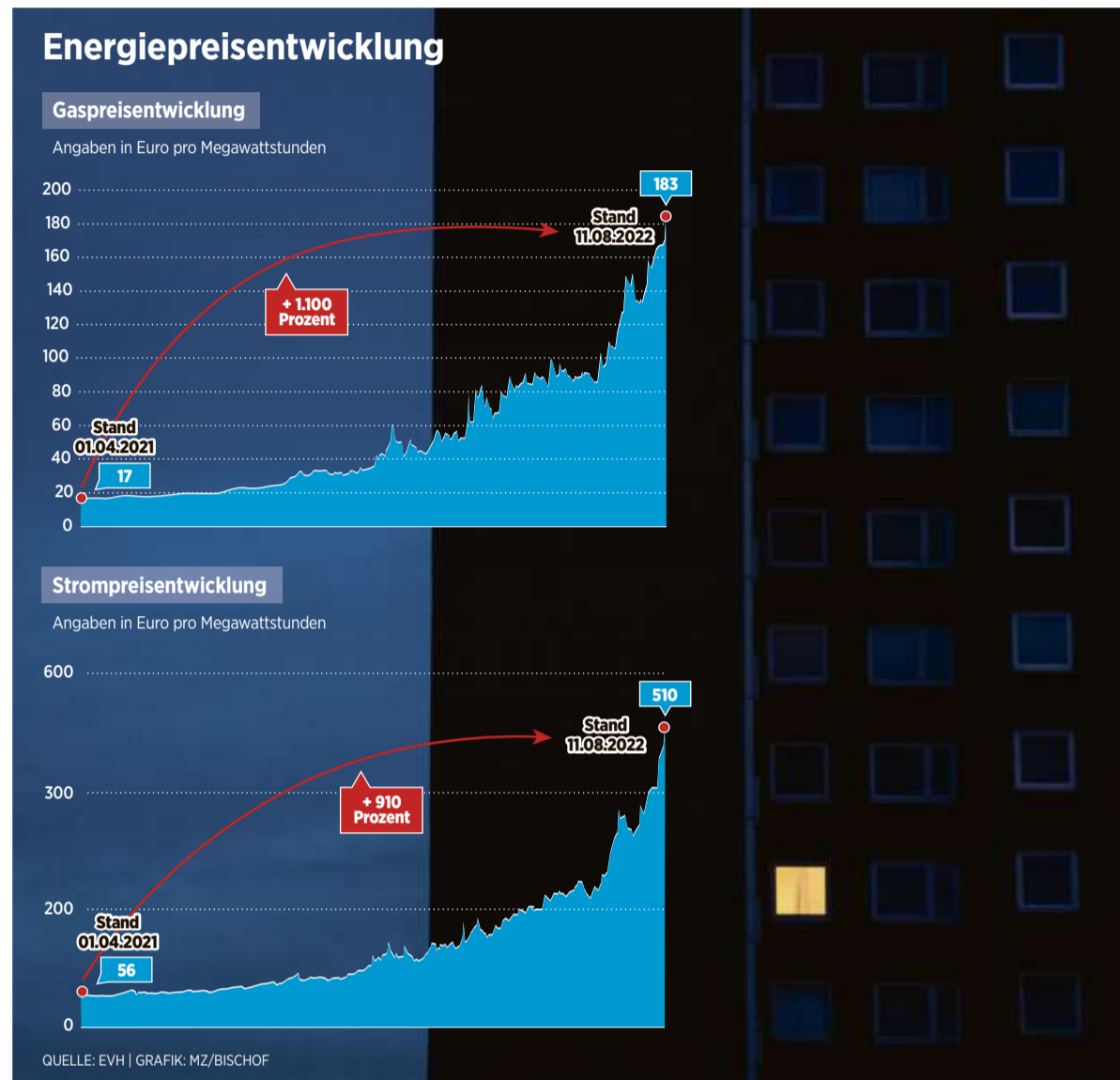
Olaf Schneider: Ja, wir haben keine Alternative. Die Preise für Strom und Gas am Großhandelsmarkt haben sich verzehnfacht und betragen für Gas bereits circa 20 Cent pro Kilowattstunde. Das ist das größere Problem, nicht nur die viel diskutierten Gasumlagen. Unsere Strom-, Gas- und Fernwärmekunden profitieren von unserer langfristigen Beschaffungsstrategie, denn wir haben viele Mengen zu günstigen Preisen eingekauft. Nach und nach laufen diese günstigen Mengen aus und wir müssen zu den teuren, aktuellen Preise zukaufen. Einige Firmen haben zum 1. Januar 2023 noch gar keine Strom- und Gasverträge – sie wird die volle Wucht treffen. Wir führen jeden Tag mit Betrieben Gespräche, die bislang etwa 50.000 Euro pro Monat für Energie gezahlt haben und jetzt 500.000 Euro und mehr monatlich aufbringen müssen. Das gefährdet Existenzen.

Bis Ende des Jahres bleiben die Kosten für die Fernwärme stabil. Was kommt danach?

Die Fernwärme produzieren wir in Gaskraftwerken. Die Preisentwicklungen und eventuelle Umlagen wirken auch dort. Wir werden auch diese Preise anpassen müssen. Voraussichtlich wird es wohl eine Erhöhung um rund 40 Prozent ohne Umlagen ab 1. Januar geben. Wir wissen, das ist viel Geld. In anderen Städten werden die Preise aber schon um bis zu 300 Prozent angehoben.

Herr Schwarzendahl, was heißt das für Wohnungsunternehmen und Mieter?

Guido Schwarzendahl: Es trifft jeden von uns. Und nach den Stadtwerken sind wir die Ersten, die in die Pflicht genommen werden. Die Zahlen der EVH sind sehr aufschlussreich. Durch die Energie-Initiative wissen wir, was auf uns zurollt. Wir haben in Halle 6.500 Wohnungen und die Vorauszahlungen für unsere Mieter wohlweislich erhöht. Abseits der Fernwärme sprechen wir aber von Kostensteigerungen von 100 Prozent plus x. Für sozial orientierte Wohnungsunternehmen, die viele Mieter mit geringen Einkommen haben, geht es ans Eingemachte.



Die Preise für Strom und für Gas sind in den vergangenen Monaten stark angestiegen.



„Wir sind mit unseren Möglichkeiten am Ende.“

Olaf Schneider
Geschäftsführer EVH
FOTO: DIRK SKRZYPCZAK



„Es gibt viele Menschen, die das Geld nicht haben.“

Guido Schwarzendahl
Bauverein Halle-Leuna
FOTO: SKRZYPCZAK



„60 Prozent der Kliniken stehen vor der Insolvenz.“

Thomas Völker
Diakoniewerk Martha-Maria
FOTO: SKRZYPCZAK

Energie-Initiative fordert spürbare Entlastungen und verlässliche Lösungen

Die **Energie-Initiative Halle** ist eine Allianz aus Wohnungs- und Wirtschaftsunternehmen, Krankenhäusern, Stadt und Stadtwerken sowie Forschungseinrichtungen. Vor sechs Jahren wurde die Zusammenarbeit beschlossen. Das große Ziel: die Energiewende einzuleiten. Jetzt arbeiten die 16 Partner daran, die Energiekrise zu meistern. Mit einem gemeinsamen Positionspapier nimmt die Initiative die Bundespolitik in die Pflicht. „Wir fordern kurzfristig spürbare Entlastungen für Bürger und Unternehmen sowie verlässliche Lösungen für

eine stabile Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen“, heißt es. Parteiübergreifend müssten alle Bemühungen darauf gerichtet werden, „dass die Versorgungssicherheit überall im Bundesgebiet aufrechterhalten bleibt“. Kurz- und mittelfristig könnten russische Gaslieferungen nicht ersetzt werden.

Nach Einschätzung der Initiative können für die gesamte Volkswirtschaft basierend auf den derzeitigen Energiepreisen kurzfristig Mehrkosten von 200 sowie langfristig von 400 Milliarden Euro ent-

stehen – davon alleine 120 Milliarden für private Haushalte. Das jüngste Entlastungspaket in Höhe von 65 Milliarden Euro reiche bei weitem nicht aus.

Die finanzielle Belastung könnten viele Bürger und Unternehmen nicht tragen. Als Energieinitiative habe man keine weiteren Hebel, um die Energiepreisexplosion zusätzlich zu kompensieren: „Wir brauchen eine weitere politische Fokussierung auf stark betroffene Empfängerkreise – bei Privathaushalten wie bei Unternehmen.“

Weil sich Mieter die hohen Preise nicht leisten können und Wohnungsunternehmen auf den Kosten sitzenbleiben?

Als Vermieter gehen wir in Vorhinein. Und wenn die Mieter dann im nächsten Jahr ihre Nachzahlungen bekommen und gleichzeitig dann höhere Abschläge zahlen müssen, haben wir einen riesigen Nachlaufeffekt. Es gibt viele Menschen, die das Geld nicht haben. Für Wohnungsunternehmen er-

gibt sich ein Millionenbetrag, der gefährdet ist. Das Geld, das für Investitionen geplant war, werden wir für die Vorauszahlungen der Betriebskosten verwenden.

Herr Völker, Kliniken wie das Martha Maria haben den Energieverbrauch einer Kleinstadt. Ist der Betrieb gefährdet?

Thomas Völker: Wir profitieren von der Energie-Initiative, andere trifft es viel schlimmer. Und doch

rechnen wir nur bei Gas mit Kostensteigerungen von 200 Prozent, das sind für 2023 1,9 Millionen Euro nur am Standort Halle. Zahlreiche Krankenhäuser befinden sich bereits in prekären Situationen, deshalb steht die Ampel auch auf Rot. Unser Problem: Ein Möbelbauer beispielsweise könnte gestiegene Kosten für den Materialeinkauf sofort an seine Kunden weiterreichen. Wir können das nicht. Und deshalb muss von

der Politik jetzt eine Gesamtlösung kommen. Sonst steht ein Großteil der Kliniken in Deutschland vor der Insolvenz.

Herr Schneider, die Energieinitiative fordert politische Bemühungen, um die Versorgung zu garantieren. Ohne russisches Gas geht das kurzfristig nicht. Muss Nord Stream II geöffnet werden?

Es ist die Aufgabe der Politik, nach Lösungen zu suchen. Wir berichten über die Fakten. Wir tagen seit März regelmäßig in der Energie-Initiative. Und alle Prognosen, die wir hatten, sind eingetroffen. Wir tragen direkt und über verschiedene Branchenverbände unsere Sorgen an die Politik heran. Doch wir wurden bislang nicht immer gehört. Das Positionspapier ist ein klares Signal, dass etwas passieren muss.

Herr Völker, was erwarten Sie von der Politik?

Ich denke, dass wir die alten Preise nicht mehr zurückbekommen werden. Nord Stream II zu öffnen, ist eine platte Forderung. Aber warum setzen wir nicht für eine längere Übergangszeit weiter auf die Atomkraft, um Strom zu produzieren? Außerdem müsste es aus meiner Sicht bis zu einem gewissen Verbrauch einen Energiepreisdeckel für Haushalte und Firmen geben, bei dem die Preise im bezahlbaren Rahmen bleiben. Alles, was darüber an Verbrauch hinausgeht, müsste teurer werden. Das wäre ein Sparanreiz.

Der Bund zahlt im September eine Energiepauschale und will die Zahl der Anspruchsberechtigten auf Wohngeld verdreifachen. Bringt das etwas, Herr Schwarzendahl?

Die Pauschale von 300 Euro ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenigstens wird jetzt auch an Rentner und Studenten gedacht, wobei sich mir nicht erschließt, warum Studenten nur 200 Euro bekommen sollen. Menschen mit niedrigem Einkommen sind massiv unter Druck, weil alle Lebenshaltungskosten steigen. Prinzipiell ist es richtig, dass mehr Menschen einen Anspruch auf Wohngeld bekommen sollen, weil man zielgerichtet die Schwächsten unterstützt. Allerdings weiß keiner, wie das umgesetzt werden soll. Wohngeld zu beantragen, ist ungeheuer schwierig. Und es gibt die Infrastruktur gar nicht, so viele Anträge zu bearbeiten. Die Politik sagt, dass alles sehr schnell gehen soll, möglichst schon zum 1. Januar. Das wäre wichtig, weil dann die ersten hohen Vorauszahlungen drohen.

Herr Schneider, kann es sein, dass wir im Winter frieren, weil gar kein Gas mehr da ist?

Das denke ich für Halle nicht. Kommt es aber zu einer Mangellage, ruft die Bundesnetzagentur die Notfallstufe aus. Dann werden zunächst nicht geschützte Verbraucher vom Netz genommen. Auf 90 Prozent unserer Kunden in Halle trifft das nicht zu. Gas wird weiter fließen, die Frage wird sein, mit welchem Druck. Wir haben Gasdruckerhöhenstationen für unsere Energieparks. Wir werden jedenfalls alles in unserer Macht Stehende tun, um Haushalte und Firmen in Halle zu versorgen. Unsere Möglichkeiten sind allerdings begrenzt. Jetzt ist die Politik gefordert!